

54. Schleswig-Holsteinischer Bau- und Vergaberechtstag

„Update Praxisreport“

Alexander Böttcher
Vergabeprüfstelle MILIG SH



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

„Update Praxisreport“

01	Kommunale Flüchtlingsversorgung	Mustervermerk SH	03 – 06
02	Hinweis zum Vergaberecht SH	SHVgVO in Überarbeitung	07 – 07
03	Herausforderung Vertragserfüllungspflicht	Vertragsstörungen & Optionen	08 – 10
04	Vergabetalk	Vergabefragen aktuell	11 – 11
05	Anhang		13 – 17

1. Aktuell – die Kommunale Flüchtlingsversorgung

Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 DES RATES vom 04.März 2022

Artikel 1 - Gegenstand

„Hiermit wird das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen in die Union festgestellt, die infolge eines bewaffneten Konflikts die Ukraine verlassen mussten.“

Artikel 2

Personen, für die der vorübergehende Schutz gilt

(1) Dieser Beschluss gilt für die folgenden Gruppen von Personen, die am oder nach dem 24. Februar 2022 infolge der militärischen Invasion der russischen Streitkräfte, die an diesem Tag begann, aus der Ukraine vertrieben wurden:

- a) **ukrainische Staatsangehörige**, die vor dem 24. Februar 2022 ihren Aufenthalt in der Ukraine hatten,
- c) Familienangehörige.....

Weitere Informationen in unseren FAQ unter: <https://www.bmi.bund.de/ukraine>

Info des BMI – die Kommunale Flüchtlingsversorgung

 Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Gemeinsam, schnell und unbürokratisch
 Hilfe für Kriegsflüchtlinge



„Es ist Krieg mitten in Europa.
 Das erfordert jetzt unsere
 ganze Solidarität und Hilfe.“
 Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Der russische Angriffskrieg bringt schreckliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Viele befinden sich gegenwärtig auf der Flucht. Deutschland und die anderen EU-Staaten helfen – und zwar schnell und unbürokratisch.

Konkret bedeutet das:



Folgewirkung für alle Kommunen und
 nachgeordnete Hilfskräfte (z.B. THW)

Einsatz des Vergaberechtes bei der
 öffentlichen Beschaffung für die zwingend
 notwendige Flüchtlingsversorgung

Aufleben der Mitteilung der Kommission an
 das Europäische Parlament und den Rat vom
 09. September 2015 **COM(2015) 454 final**

„Vorschriften für die Auftragsvergabe im
 Zusammenhang mit der aktuellen
 Flüchtlingskrise“

Voraussetzung ist:

„Die zwingend notwendige Dringlichkeit!“

Verfahrensoptionen:

- Einschränkung von Verfahrensfristen
- Einschränkung der Mindestbieteranzahl
- Einschränkung der Transparenz

Kommunale Flüchtlingsversorgung in Schleswig-Holstein (2022)

Wappen **Kreis / Gemeinde**
Dienststelleleitung
Fachdienst

Datum



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung

Vergabevermerk

Einsatz für die zwingend notwendige Dringlichkeitsbeschaffung zur Flüchtlingsversorgung

1. Bezeichnung:
(Artikel / Maßnahme)

2. Anzahl / Stück / Menge:

3. Leistungsart: ☐ **Liefer-** und Dienstleistungen (UVgO, VgV)

☐ **Soziale Dienstleistungen** (UVgO, VgV gem. Anhang XIV RL 2014/24/EU)

☐ **Bauleistungen** (VOB/A, VOB/A-EU)

☐ **Freiberufliche Leistungen** (UVgO, VgV)

4. Begründung zur Wahl der Vergabeart:

☐ 4.1 gem. festgestellter notwendiger Dringlichkeit (**Beschluss der Gemeindevertretung**)

☐ 4.2 gem. **Lage vor Ort** i.V.m. COM(2015) 454 final vom 09.09.2015 („Flüchtlingserlass“)

5. Begründete Form der Vergabe:

☐ **Direktauftrag** - Dringlichkeitsvergabe ohne Preisumfrage (weiter ab Pkt. 8)

☐ Freihändige Vergabe / Verhandlungsvergabe **mit Preisumfrage** (weiter ab Pkt. 6)

6. Form der Preisumfrage: Datum: / Uhrzeit:

☐ schriftliche Preisumfrage
☐ per E-Mail

☐ telefonische Preisumfrage
☐ per Fax _ (außer Bauleistungen)

7. Preisumfrage (Mindestbieteranzahl 3)

Preisspiegel

1. Fa.	Angebotspreis	€ brutto
2. Fa.	Angebotspreis	€ brutto
3. Fa.	Angebotspreis	€ brutto

☐ begründete Unterschreitung der Mindestbieterzahl (**gem. Lage vor Ort**)
Begründung:

8. Vergabevorschlag:

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot der Fa. _____ aus _____
mit der Angebotssumme von _____ Euro brutto, weil es das Wirtschaftlichste ist.

9. ☐ Die Bieterernennung & die Wirtschaftlichkeit des Angebotes wird hiermit bestätigt!

10. ☐ Die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen liegen vor und werden hiermit bestätigt!

11. ☐ **Leitungsebene** – Bei Auftragswerten ab dem EU-Schwellenwert ist eine Veröffentlichung gemäß Art. 50 i.V.m. Art. 75 (EU) RL2014/24/EU **nachträglich** auf dem EU-Portal durchzuführen (siehe **Hinweis 1. -2.** auf der Rückseite).

[Datum]

Unterschrift (Erstellender)

[Name]

[Datum]

Unterschrift (zuständige Führungskraft) [Name]

Angepasster Mustervermerk zur effizienten Kommunalen Flüchtlingsversorgung

(Minestdokumentation)
(Ausgabe 17.03.2022)

4. Begründung zur Wahl der Vergabeart:

☐ 4.1 gem. festgestellter notwendiger Dringlichkeit (**Beschluss der Gemeindevertretung**)

10. ☐ Die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen liegen vor und werden hiermit bestätigt!

11. ☐ **Leitungsebene** – Bei Auftragswerten ab dem EU-Schwellenwert ist eine Veröffentlichung gemäß Art. 50 i.V.m. Art. 75 (EU) RL2014/24/EU **nachträglich** auf dem EU-Portal durchzuführen (siehe **Hinweis 1. -2.** auf der Rückseite).

Angepasster Mustervermerk zur effizienten Kommunalen Flüchtlingsversorgung (Ausgabe 17.03.2022)

Mustervermerk - Rückseite

-> Hinweise und Erläuterungen

- EU-Schwellenwerte
- EU-Feststellung Flüchtlingskrise
- Haushaltsrechtliche Hinweise (Innenministerium 2015)

Ausgabe an die Dienststellen über das MILIG:

17.03.2022 17:44 Uhr

Hinweis zur nachträglichen Veröffentlichungspflicht von Aufträgen (Ex-post-Transparenz)

Unterschwellenvergaben

§ 30 UVgO (ab 25.000 Euro)

§ 20 Absatz 3 VOB/A (ab 15.000 / 25.000 Euro)

Oberschwellenvergaben

Nachfolgende EU-Schwellenwerte sind für eine Veröffentlichung zu beachten:

1. Für Kommunale Auftraggeber nach Anhang I. RL 2014/24/EU gilt:
Auszug Deligierte Verordnung (EU) 2021/1952 vom 10. November 2021

I. Ziffer 2. B) Für öffentliche **Liefer- und Dienstleistungsaufträge**
ab Erreichen von **215.000,00 Euro netto** Auftragswert.

I. Ziffer 2. c) Für öffentliche **Baufträge** ab Erreichen
von **5.382.000,00 Euro netto** Auftragswert

2. Der EU-Schwellenwert für **Soziale** und andere besondere öffentliche
Dienstleistungsaufträge ist gemäß Artikel 4 d) RL 2014/24/EU ab
750.000,00 Euro netto Auftragswert erreicht.

Feststellung des Rates der Europäischen Union zur aktuellen Flüchtlingskrise

Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 Des Rates vom 04. März 2022

Artikel 1 Gegenstand - Hiermit wird das Bestehen eines Massenzustroms von Vertriebenen in die Union festgestellt, die infolge eines bewaffneten Konflikts die Ukraine verlassen mussten.

Hinweise zum Haushaltsrecht

Auf die konstruktiven Hinweise vom 13.10.2015 des Innenministeriums SH zum finanzaufsichtlichen Umgang mit den aktuellen kommunalen Herausforderungen wird hingewiesen.

2. Hinweis zur Entwicklung des Vergaberechtes in SH

Aktuell überarbeitet das Wirtschaftsministerium SH federführend in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden die aktuell geltende Schleswig-holsteinische Vergabeverordnung (SHVgVO).

- Novellierung / Neubewertung der Festsetzungen der angepassten Schwellenwerte für den Unterschwellenbereich
- Fristverlängerungen für bestehende Vergaberegungen in der SHVgVO
- Einführung neuer Vergaberegungen mit Einführungsfristen

Bitte beachten Sie die Veröffentlichungen im Amts- oder im Gesetz- und Verordnungsblatt sowie die Pressemitteilungen des MWVATT

3. Herausforderung „Vertragserfüllungspflicht“ in Zeiten von nicht vorhersehbaren Auswirkungen hochdynamischer Marktveränderungen

Einleitung

1. Betroffene Baustoffherstellerwerke in der Ukraine

OSB- und Spannplattenwerk

Grundstoff Holz – Zulieferketten sind unterbrochen

Große Möbelhersteller in der Ukraine

2. Feststellung von massiven Preissteigerungen der Betriebsstoffe (Treibstoffe), der Rohölerzeugnisse insbesondere dort, wo Fertigungsprozesse als Energieträger Gas verwenden.

3. **Kurze Rückmeldung** aus den Kommunen, den Unternehmen sowie den Vergabedienstleistern in der **Vergabeprüfstelle im MILIG** seit 01.03.2022

Herausforderung „Vertragserfüllungspflicht nach VOB/B“ Der öffentliche Auftrag ist erteilt!

Voraussetzung – das Bauvertragsverhältnis ist unvorhersehbar durch extreme Kostensteigerungen gestört! Zusätzlich liegt eine Meldung des Auftragnehmers zur Störung der Geschäftsgrundlage vor.

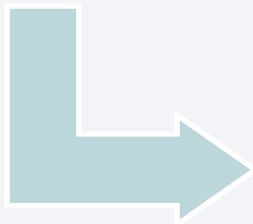
1. Option
Anpassung des
Leistungsprogramms
Ohne Veränderung
des Auftragswertes

- Aufklärung der Mehrkostenentstehung (Urkalkulation, Rechnungslegung)
- Substitution von Materialien zur Kostenreduzierung – Der Auftragswert bleibt bestehen
- Erneuter Planungsaufwand ist zu erwarten



2. Option
Auftragsänderung
während der
Vertragslaufzeit
§ 132 (3) 2.GWB

- Der Auftragswert wird in den Grenzen des § 132 GWB regulär erhöht, ohne ein Neues Vergabeverfahren durchzuführen
- Bau + 15% ; Liefer- & Dienstleist. + 10%



3. Option
Auftragsänderung
§ 132 (2) GWB mit
EU-Bekanntmachung

- Auftragswerterhöhung um + 50% möglich
- Voraussetzungen des § 132 (2) GWB beachten
- EU-Bekanntmachung erforderlich

Herausforderung „Vertragserfüllungspflicht nach VOB/B“ Der öffentliche Auftrag ist erteilt!

4. Option
Auflösungsvertrag
mit oder ohne
gegenseitige
Schadensersatz-
forderungen

- Eine Insolvenz des Auftragnehmer kann abgewendet werden
- Die gegenseitigen Mitwirkungspflichten der Vertragspartner (-> Verhandlungsversuch / Vergleichsbestreben) ist gewahrt
- Kostenprognose – ausgeglichen verteilt



5. Option
Störung der
Geschäftsgrundlage
§ 313 BGB mit
Schadensersatzforderung

- Kostenprognose - ist offen
- Firmen Insolvenzen können eintreten
- Das Prozess Risiko ist hoch, Ausgang unbestimmt
- Abschließende Vergleiche sind der Regelfall

4. Vergabetalk

Fragen aus dem Teilnehmerkreis

Das Telefon steht im MILIG aktuell nicht mehr still

Bitte stellen Sie gerne jetzt Ihre Fragen!

Kontakt



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und viel Erfolg bei Ihren zukünftigen
Vergabeverfahren!

Referent Alexander Böttcher
Vergabeprüfstelle im IV53 / MILIG SH - 0431 988 3331
alexander.boettcher@im.landsh.de

Die Strategische Losbildung – ein Beispiel

Geschätzter Gesamtauftragswert gemäß § 3(1) i.V.m. § 3(6) VgV
Muster BV Anbau Schulbau - 10 Mio. € netto
EU-weite Ausschreibung mit § 3(9) VgV (80/20) Regelung

20% = Max. 2 Mio € - Die festgelegte Losanzahl sowie die Einzellosgröße bis max. 1.Mio. € netto **bleiben** bis zum Abschluss des EU-Verfahrens **konstant**.

80% €,
Losgröße frei &
Losanzahl min. 2

Los 3
Zimmereiarbeiten
§ 3 VgV
990.000 € netto

Beschränkte
Ausschreibung
§ 4(2) Ziff.1 SHVgVO

Los 4
Blitzschutzanlage
§ 3 VgV 49.500 € netto

Freihändige Vergabe
§ 4(2) Ziff.3 SHVgVO

Los 5
BMA
§ 3 VgV 45.000 € netto

Freihändige Vergabe
§ 4(2) Ziff.3 SHVgVO

Los 6
Bauendreinigung
§ 3 VgV 12.000 € netto

Freihändige Vergabe
§ 4(2) Ziff.3 SHVgVO

Los 7
Brandschottsystem
§ 3 VgV 8.000 € netto

Freihändige Vergabe
§ 4(2) Ziff.3 SHVgVO

Los 1

Los 2

„Praxisbekannte Klassiker 😊“

Schleswig-Holsteinische Vergabeverordnung - SHVgVO vom 1. April 2019
GVObI. 2019 72 / Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 01.04.2019 bis 31.03.2024

Strategisches Wertgrenzen Management – 80 / 20 Regelung

Empfehlung – Die Strategische Gewerke- und Fachlosplanung kann vom öAG regulär in den Focus genommen werden. Am Bedarf und an den Erfahrungswerten der üblichen Losgrößen orientiert kann eine Vergabeverfahrensauswahl an dieser Sonderregelung auf der Grundlage des § 3(9) VgV vollzugstauglich festgelegt werden.

Eine **spätere** Aufnahme / Überführung von Gewerken in das 20% Kontingent im Sinne einer anteiligen (%) Verschiebung der Lose im gestarteten EU-Vergabeverfahren ist aktuell nicht möglich.

Kleinstgewerke
prädestiniert

Insbesondere kann die Regelung gemäß § 4(2) Ziffer 3. der SHVgVO für **jedes Fachlos** bis zu einem **Einzelauftragswert** in Höhe **von 50.000 Euro** für eine Freihändige Vergabe von **Bauleistungen** im 20 % Kontingent gemäß § 3(9) VgV mit einem geringen Verwaltungsaufwand genutzt werden.

Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen diverser Baustoffe

Vergabe- und Vertragshandbuch des Bundes, Richtlinie zum Formblatt 225

BW I 7 - 70437/9#3 Berlin, 21. Mai 2021

Aktuelle Ausgangslage - volatile Preissteigerungen für Baustoffe z.B. Holz, Metalle und Dämmstoffe in SH

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat am 21.Mai 2021 für den Bereich der Bundesbauten die Anwendung einer Stoffpreisgleitklausel unter Anwendung der Richtlinie zum **Formblatt 225 VHB** erlassen.

Erlassungszüge - BW I 7 - 70437/9#3 Berlin, 21. Mai 2021

I. Neue Vergabeverfahren

Entsprechend der Richtlinie zum Formblatt 225 VHB ist vor Einleitung der Vergabeverfahren zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Vereinbarung von Stoffpreisgleitklauseln vorliegen.

Voraussetzungen:

- Gelistete Erzeugerpreise (Indizes Fachserie 17, Reihe 2) müssen vorliegen (-> Statistisches Bundesamt)
- Preissprünge von mehreren Indexpunkten pro Monat liegen vor

Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen diverser Baustoffe

Neben dem ausgefüllten **Formblatt 225** mit Stichtagsregelung (Basiswert + Zeitpunkt) ist den Vergabeunterlagen auch dem Erlass beigefügte **Hinweisblatt beizufügen** und im Anlagenverzeichnis der Aufforderung zur Angebotsabgabe (211 VHB) unter Buchstabe **A** aufzunehmen.

II. Laufende Vergabeverfahren

Vor Angebotsöffnung

Bei Vergabeverfahren die bereits eingeleitet sind, kann/können die Stoffpreisgleitklausel nachträglich einbezogen und/oder die Ausführungsfristen an die aktuelle Situation angepasst werden, **wenn die (Er)Öffnung der Angebote noch nicht erfolgt ist**. Die Angebotsfrist ist ggf. zu verlängern.

Nach Angebotsöffnung

Ist die Angebots(er)öffnung bereits erfolgt, ist **zu prüfen**, ob zur Sicherstellung des Wettbewerbs und zur Vermeidung von Streitigkeiten bei der Bauausführung die **Rückversetzung** in den Stand vor Angebotsabgabe in Frage kommt.

Hierbei sind alle Rahmenbedingungen abzuwägen und der Entscheidungsprozess ist zu dokumentieren.

Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen diverser Baustoffe

III. Bestehende Verträge

Nach Auftragsvergabe

1. Bestehende Verträge sind einzuhalten; eine Anpassung kommt nur in besonders begründeten Ausnahmefällen in Betracht. Ein Rechtsanspruch auf Änderung oder Aufhebung des Vertrages könnte dem Auftragnehmer aufgrund der „Störung der Geschäftsgrundlage“ (§ 313 Abs. 1 BGB) zustehen.
2. Wenn es dem Bauunternehmer selbst bei Zahlung höherer Einkaufspreise **nicht möglich ist, die Baustoffe zu beschaffen** (tatsächliche Unmöglichkeit), kann der Fall der höheren Gewalt (insbesondere infolge der COVID-19-Pandemie) oder eines anderen, vom Auftragnehmer nicht abwendbaren Ereignisses im Sinne des § 6 Absatz 2 Nummer 1c VOB/B vorliegen. Dadurch verlängern sich die Vertragsfristen. Beweispflichtig ist derjenige, der sich auf höhere Gewalt/das nicht abwendbare Ereignis beruft. Der Abwägungs- und der Entscheidungsprozess ist zu dokumentieren.

Anlagen - Hinweisblatt, Auszug aus den VV zu § 58 BHO, Anleitung Genesis-Online Datenbank
www.destatis.de